

18.10.2011

Protokoll des 4. Nachbarschaftsdialogs Döhrener Wasserkraft am 04.07.2011

1. Nachtrag und Zusatzinformationen zum Protokoll des 3. Nachbarschaftsdialoges

Herr Eberlein konkretisierte auf Nachfrage: Mit dem Projekt sind derzeit noch so viele Unwägbarkeiten verbunden (Planungsdetails, Baukostenentwicklung, mögliche Veränderungen bei der Einspeisevergütung...), dass er heute noch nicht einschätzen könne, ob er das Wasserkraftwerk auch ohne die 300.000 € Investitionszuschuss realisieren könne. Dies habe er gemeint, als er sagte „Dann muss ich mir das noch einmal überlegen“ (zu 2.2.3 des Protokolls zum 30.05.2011).

Die Aussage von Frau Konermann, dass selbst optimierte Fischaufstiegsanlagen lediglich für ca. 80 % der Fische eine Durchwanderung des Hindernisses ermöglichen und dies bedeute, dass sich die Population bereits nach drei Wasserkraftanlagen halbiert habe, bezieht sich speziell auf Langdistanz-Wanderfische, die nicht nur z.B. zwischen zwei Staustufen leben würden. (zu 2.3.2 des Protokolls zum 30.05.2011)

2. Vorgespräch zur Klärung technischer Details/Differenzen

Im Vorfeld des Nachbarschaftsdialoges hatten sich Herr Scheffler, Herr Neuhaus und Herr Eberlein getroffen, um wiederholt ungeklärt gebliebene Differenzen zu technischen Details zu erörtern: Während Herr Eberlein weiterhin von einer durchschnittlichen Leistung des Wasserkraftwerkes von 350 kW ausgeht, haben Herr Scheffler und Herr Neuhaus lediglich 250 kW berechnet. Hintergrund sind möglicherweise unterschiedliche bei der Berechnung zugrunde gelegte Pegelstände: Herr Eberlein geht von einem Stauziel von 54,28 m und einem mittleren Unterwasserpegel von 51,80 m aus, während Herr Scheffler und Herr Neuhaus diese Berechnungsgrundlage anzweifeln: z.B. läge der mittlere Oberwasserpegel im Sommer derzeit etwa 20-30 cm unter dem festgesetzten Stauziel, so dass eine möglichst kontinuierliche Einhaltung des Stauzieles real eine Erhöhung des Wasserpegels bedeute – und damit eine Erhöhung der Hochwassergefahr für die Leinemasch und die Zufahrtswege nach Wilkenburg und Hemmingen.

Herr Eberlein wies demgegenüber darauf hin, dass er sich in seinen Berechnungen auf die Zusammenarbeit mit entsprechenden Fachberatern, sowie eigene Erfahrungen aus dem langjährigen Betrieb anderer Anlagen stütze, bei den Pegelständen würden mehrjährige Durchschnittswerte zugrunde gelegt. Zudem würde auch die mitfinanzierende Bank die berechnete Kraftwerksleistung noch einmal durch eigene Gutachter überprüfen lassen. Der Hochwasserschutz würde gegenüber der aktuellen Situation verbessert, weil durch die Umbauten der maximale Abfluss etwas höher sein wird als gegenwärtig, zudem würde die Wehranlage durch die Automatisierung deutlich betriebssicherer und konstanter als bislang im manuellen Betrieb möglich.

3. Gespräch mit VertreterInnen der Ratsparteien

3.1. Eingangstatements:

- **Gabriele Jakob** (Ratsmitglied CDU, Fraktionsvorsitzende im Bezirksrat): Für die CDU ist die Meinung der Anlieger wichtig: Wie stehen Sie dazu? Insgesamt muss zusätzlich festgestellt werden, dass bei kleinen Wasserkraftwerken die Umweltschädigung in keinem Verhältnis zum Nutzen steht (siehe Vorträge der

Umweltverbände). Von daher hat sich die CDU gegen das Wasserkraftwerk ausgesprochen – aus ökologischen Gründen, aber auch, um das Wohngebiet und die AnwohnerInnen zu schützen: „In ein reines Wohngebiet gehört kein Wasserkraftwerk“. Besser seien stattdessen eine energetische Sanierung städtischer Gebäude und Nutzung anderer erneuerbarer Energien. In dieser Position wird die CDU in Döhren von Jens Seidel, Fraktionsvorsitzenden im Rat, unterstützt.

- **Rolf Sürig** (Bezirksratsmitglied FDP):
In Vertretung des Fraktionsvorsitzenden im Rat Jens Meyburg kann ich mich im Großen und Ganzen der Vorrednerin anschließen, weil für uns die Nachteile überwiegen (siehe Vortrag BUND, NABU und andere). Daher wird die FDP-Fraktion im Rat ein Wasserkraftwerk an beiden angedachten Standorten ablehnen.

Die Eingangsstatements der Anlieger und des Investors werden angesichts der ausführlichen Darstellungen in den vorangegangenen Protokollen nur stark verkürzt wiedergegeben:

- **Wolfgang Scheffler** (Anlieger, Vorsitzender der Projektgruppe Leinemasch im Heimatbund Niedersachsen):
Besondere Gefahren sehen wir in der wachsenden Hochwassergefahr im Zusammenhang mit den besonderen Wasserverhältnisse an der Döhrener Leineinsel. Zudem gehen wir davon aus, dass das Wasserkraftwerk von Herrn Eberlein wegen Unwirtschaftlichkeit scheitern wird mit dem Ergebnis, dass wir hier dann eine Bauruine stehen haben.
Eine zusätzliche Anmerkung: Die Idee des Nachbarschaftsdialoges stammt nicht von Rot-Grün, sondern von uns.
- **Christine Kastning** (Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Rat): Den Eindruck, dass der Nachbarschaftsdialog eine Idee der SPD sei, wollen wir auch nicht erwecken, allerdings haben SPD und Grüne durch die Ratsbeschlüsse den organisatorischen Rahmen dafür geschaffen.
- **Heinz Pyka** (Vorsitzender Fischereiverein Hannover e.V.):
Das derzeitige Wehr und die Nebenanlagen stellen heute keinerlei Wanderungshinderniss sowohl flussauf- und abwärts dar. Dies wird durch das Wasserkraftwerk für ein paar kW dauerhaft kaputt gemacht – auch bei Rechenabständen von 15 mm. Die Anlage für Döhren ist nicht der letzte Stand der Technik.
- **Fritz Eberlein** (Investor und Betreiber, AUF Eberlein & Co GmbH):
Eine Vergütung der Stromeinspeisung ist ohnehin nur möglich bei Wasserkraftwerken an bestehenden Staustufen, wo starke Eingriffe in die Ökologie früher schon erfolgt sind und nun einer Nutzung zugeführt werden sollen. Wir haben bei unserer Anlage einen ökologischen Standard vorgesehen, den ich bislang noch an keiner anderen Wasserkraftanlage gesehen habe. Außerdem werden noch die Fischgutachter, Lärmgutachter, zwei Hydrauliker für Hochwasser ihre Untersuchungen in das Planungs- und Genehmigungsverfahren einbringen. Dieses Wasserkraftwerk reicht für 800 Haushalte, dies ist ein bemerkenswerter Beitrag, der aber im Zusammenspiel mit allen anderen Ansätzen gesehen werden muss.

3.2. Inwieweit haben Sie sich mit der Thematik Wasserkraftwerk auseinandergesetzt? Wen haben Sie im Vorfeld konsultiert, um sich eine Meinung zu bilden?

- **Christine Kastning** (SPD/Rat):
Die SPD hat sich - gemeinsam mit den Grünen über die zukünftige Klimaschutzpolitik und Energiepolitik in Hannover auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang auch mit dem Wasserkraftwerk in Döhren. Diese Anlage ist zwar relativ klein, aber trotzdem ein Baustein im Gesamtkonzept Klimaschutzallianz. Die Aufgabe der Politik wird in diesem Fall eine Abwägung des Nutzens und der vorgebrachten Nachteile sein, sowie der Versuch, pragmatische Lösungen für einzelne

Beeinträchtigungen zu suchen. Der Nachbarschaftsdialog ist in diesem Zusammenhang eine gute Möglichkeit für einen strukturierten und moderierten Austausch.

Zur Beurteilung des Projektes konnte die SPD u.a. verschiedene Kompetenzen innerhalb der eigenen Fraktion nutzen (z.B. umweltpolitischer Sprecher Manfred Müller), außerdem gab es die Anhörung im Umweltausschuss, weitere Informationen ergaben sich auch aus den Protokollen der Nachbarschaftsdialoge.

- **Mark Bindert** (Ratsmitglied Bündnis 90/Die Grünen):
Wir hatten im Zusammenhang mit der Energiewendepolitik ausgiebige Diskussion in der Fraktion zum Wasserkraftwerk Döhren, auch in der öffentlich tagenden Umwelt-AG. Zu bestimmten fachpolitischen Fragen (auch Naturschutzaspekten) haben wir Experten hinzugeladen (NABU, BUND). Ich selbst habe im November auf eigene Initiative zwei Wasserkraftanlagen (u.a. am Regen) besucht und vor Ort u.a. auch mit ortsansässigen Fischereiverbänden gesprochen. Als diese von den in Döhren geplanten Vorrichtungen zum Schutz der Fische (damals noch auf den sog. „Turbinenkanal“ bezogen) hörten, hätten Sie diese Ausstattung als Ideal bezeichnet: „So hätten wir die Anlage hier auch gerne.“
Von der Anhörung im Rat habe ich den Eindruck mitgenommen: Zwei Organisationen konnten sich vorstellen, dass ein Wasserkraftwerk an dieser Stelle in Döhren möglich ist, zwei weitere machten dies abhängig davon, wie stark der Naturschutz in der Planung durch entsprechende Vorkehrungen berücksichtigt wird (z.B. Fischtreppe), und zwei Verbände (u.a. Fischereiverband) waren grundsätzlich dagegen.
In der Tendenz wollen Bündnis 90/Die Grünen dem Projekt zustimmen unter bestimmten Voraussetzungen, die Herrn Eberlein auch mitgeteilt wurden. So sollen zusätzlich andere Rechengrößen zur besseren Schonung der wandernden Fische zum Einsatz kommen, auch wenn die in Döhren geplante Anlage durch die neue Turbinentechnik und den unterströmigen Betrieb für Fische verträglicher ist als herkömmliche Anlagen.

3.3. Warum werden die BürgerInnen in Döhren nicht gehört? Wie offen ist der Diskussionsprozess überhaupt?

- **Richard Kringel** (Anwohner):
Wir haben auf unserer Internetseite (<http://www.leinemasch-widderstand.de/>) zehn Gründe verbreitet, warum wir gegen das Wasserkraftwerk sind, das kann man da wunderbar nachlesen: Wir fühlen uns durch dieses Vorhaben massiv bedroht. Das ist kein kleines Wasserkraftwerk, das man nicht sieht, sondern ein ganz brutaler Eingriff in die Natur, der 10 m in die Tiefe reicht. Wir werden wegen des enormen Baulärms die Wohnungen räumen müssen. Und anschließend diese Renovierungen. Und dann hält der Investor niemals die 30 Jahre durch. Frage: Warum wollen Sie hier solch einen 30jährigen Krieg am Leineweher? Was hat die SPD gegen die BewohnerInnen hier, die sich schon viermal gegen ein Wasserkraftwerk ausgesprochen haben?
- **Christine Kastning** (SPD/Rat):
Wir haben natürlich nichts gegen die AnwohnerInnen, sondern befinden uns in einem Abwägungsprozess. Ein vergleichbares Beispiel sind z.B. die Abgrabungen an der Ihme in Linden: Anwohner und Naturschützer setzen sich vehement für die Erhaltung der Bäume ein, aber die Anwohner in Ricklingen machen sich Sorgen wegen des derzeit nicht optimalen Hochwasserschutzes. In solchen Fällen orientieren wir uns u.a. auch an Gesamtkonzepten, die bei der Interessenabwägung hilfreich sind. Selbstverständlich nehme ich die hier geäußerten Sachargumente mit und auch Ihre Sorgen. Wenn Sie sagen „Wir wissen ja schon, was da auf uns zukommt“, dann trifft dies auch auf mich heute zu – auch ich wusste vorher schon, was heute auf mich zukommt. Trotzdem finde ich es sehr wichtig, gerade

auch das „wie“ zu thematisieren, um z.B. Themen wie Vermeidung einer Bauruine, Verfahren bei evtl. Bauschäden, Hochwasserschutz usw. zu berücksichtigen.

- **Mark Bindert** (Grüne/Rat):
Bei manchen Projekten (z.B. Boehringer, Ihmeufer, Schleuse Limmer) haben wir ähnliche Proteste der Betroffenen vor Ort, aber wir als von allen HannoveranerInnen gewählte PolitikerInnen haben die Aufgabe, die ganze Stadt vor Augen haben. Wenn Sie sagen, dass hier mehrere hundert Menschen direkt betroffen sind, müssen wir daran denken, dass die Stadt insgesamt 520.000 EinwohnerInnen hat. Deshalb nehmen wir die Argumente zur Kenntnis, wir teilen teilweise die Besorgnis, aber wir müssen zum Schluss abwägen. Auch am Beispiel Boehringer gibt es nach wie vor Betroffene, die enttäuscht sind, obwohl es eine Reihe von Nachbesserungen gegeben hat, aber insgesamt haben wir entschieden, dass das Projekt für die Gesamtstadt zu tragen ist. Ein Hauptargument ist bei uns, dass es sich hier um eine vorhandene Staustufe handelt, an der täglich Wasser ungenutzt über die Kante fließt und ungenutzte Energie verprascht. „Wir alle wollen Licht und Strom – da müssen wir dann auch Kompromisse eingehen.“ Wir haben uns intensiv mit dem Projekt auseinandergesetzt und sind zu einer Abwägung gekommen: Wir nehmen – auch wenn es uns schwer fällt - die ökologischen Einschränkungen in Döhren in Kauf, um an anderer Stelle Gutes zu bewirken. Wir schaffen mit der Rehre eine Null-Emissions-Siedlung, das ist praktisch der Ausgleich dafür, dass wir hier regenerativen Strom erzeugen, den wir ja alle haben wollen – spätestens seit letzte Woche im Bundestag alle gemeinsam beschließen, dass wir bis 2022 aus der Atomkraft aussteigen wollen. Wir wollen aber alle nicht im Dunkeln sitzen und wir wollen dabei auch kein CO₂ erzeugen. Irgendwo müssen wir daher Kompromisse eingehen – und einen davon haben wir hier gefunden. Also: Es ist sicherlich ein Übel, aber es ist ganz sicher das kleinere Übel.
- **Christine Kastning** (SPD/Rat):
Diese Abwägung der Interessen auch über die direkt betroffenen Anlieger hinaus haben auch andere Parteien immer wieder so praktiziert, z.B. auch die CDU im Fall Boehringer, den Beschluss haben wir gemeinsam gefasst – Will sagen: es ist nicht immer nur schwarz oder weiß, und ich bitte Sie uns abzunehmen, dass wir diesen Abwägungsprozess mit einer großen Ernsthaftigkeit betreiben. Ich sehe die Leineau (siehe Wahlprogramm) als wertvolles Gesamtsystem mit Wegen, Wiesen, Naherholungsqualität und Ökosystem – und ein zukünftiges Wasserkraftwerk hat sich in dieses System einzupassen.
- **Vera Konermann** (BUND): Die Aussage „Warten wir doch erst mal das Planfeststellungsverfahren ab“ ist ein Verstecken hinter Verfahren. Der Rat hat in der Anhörung Experten gehört - und zu Wasserkraftwerken gibt es keine zwei Meinungen: Wasserkraftwerke produzieren mehr Schaden als Nutzen.
Außerdem: Kein Investor wird in ein völlig offenes Planfeststellungsverfahren gehen, sondern dann geht es meistens nur noch um das „wie“ und nicht mehr um das „ob“. Dass ein Planfeststellungsverfahren mit einem vollständig ablehnenden Bescheid endet, kommt so gut wie nie vor.

3.4. Warum werden nicht andere Maßnahmen ergriffen?

- **Vera Konermann** (BUND):
Das Wasserkraftwerk in Döhren ist so klein, und der Schaden so groß - statt dessen könnte man doch auch etwas anderes machen: Wir würden uns z.B. wünschen, dass die 300.000 € (aus dem Projekt In der Rehre) statt dessen in die Energieberatung gesteckt würden. Damit würden die Haushalte energieeffizienter, dann könnte die hier diskutierte Stromleistung eingespart werden.
- **Christine Kastning** (SPD/Rat):
Für uns gibt es viele Bausteine, an denen wir in der Energiepolitik arbeiten: Da sind die Stadtwerke mit einer eigenen Strategie, aber auch zahlreiche kleinere

Maßnahmen. Energieberatung für Haushalte z.B. gibt es bereits seit vier Jahren, zusätzlich muss natürlich auch im Bereich energetische Sanierung etwas stattfinden, außerdem müssen wir auch bei anderen Energieformen (Wind, Solar) weiterkommen. Hierfür gibt es den ProKlima-Fond zur Finanzierung entsprechender Sanierungsmaßnahmen. Auch Blockheizkraftwerke in Wohnhäusern sind nicht sehr groß, sind aber ebenfalls ein Baustein.

- **Mark Bindert** (Grüne/Rat): Solaranlagen auf den Dächern werden gefördert (u.a. mit Einspeisevergütung), über den kommenden Solaratlas wird jeder sehen können, wo man weitere Anlagen installieren könnte. Es gibt Versuche mit Erdwärme, aber auch das Wasserkraftwerk ist ein – zugegeben kleiner – Baustein in diesem Maßnahmenkatalog. Der Vorteil solcher dezentralen Stromerzeugung ist zusätzlich, dass wir dann weniger zusätzliche großen Stromtrassen quer durch Deutschland brauchen. In der Rehre werden selbstverständlich Solarzellen auf den Dächern installiert und sonstige energetische Maßnahmen vorgesehen, aber das reicht nicht, um die Emissionen auf Null zu bringen. Die Siedlung In der Rehre ist für 80 Jahre konzipiert und das Wasserkraftwerk Döhren würde in einer Laufzeit von 30 Jahren das Äquivalent für die verbleibende Emission der Siedlung erbringen.

3.5. Abschluss-Statement: Was habe ich heute und im bisherigen Gesamtprozess gelernt und inwieweit habe ich meine Position geändert?

- **Fritz Eberlein** (Investor): Ich habe mitgenommen die Sorge, dass womöglich aufgrund einer Insolvenz des Investors eine Bauruine in Döhren zurück bleibt. Aus diesem Grund bin ich einverstanden, dass in den Vertrag mit der Stadt die Auflage aufgenommen wird, dass vor Beginn der Bauarbeiten eine Finanzierungszusage über die gesamte Bausumme vorgelegt werden muss, damit eine Fertigstellung gesichert ist. Die hier geäußerten Befürchtungen wegen des Wasserkraftwerkes werden wir bei der weiteren Planung berücksichtigen. Derzeit sind die entsprechenden Gutachten in Auftrag gegeben, nun müssen wir die Ergebnisse abwarten.
- **Dr. Jürgen Früh** (Anwohner): Ich habe gelernt, dass hier überhaupt nicht mehr über das „ob“, sondern nur über das „wie“ gesprochen wird
- **Gabriele Jakob** (CDU/Bezirksrat): Es wird zwar immer gesagt, wir wollen die Bürger beteiligen, die Rechte der Bezirksräte stärken. In diesem Fall hat der Bezirksrat das Vorhaben abgelehnt und nun sagen Sie: Wir machen das aber trotzdem. Auf die Argumente der Anwohner und der Naturschutzverbände wird gar nicht mehr gehört. Ich finde es schade, dass Sie sich hier nur verteidigt haben, aber keine anderen Alternativen für einen Ausgleich für die Rehre ernsthaft geprüft haben.
- **Vera Konermann** (BUND): Ich bin sehr enttäuscht, weil hier wieder nur Partialinteressen gesehen werden. Zur Zeit ist der Klimaschutz „en vogue“ und das große Ganze wird vergessen, insbesondere das Thema Biodiversität geht vollkommen unter.
- **Richard Kringel** (Anwohner): Wir haben alle geglaubt, die Politik ist in erster Linie für die Menschen da, aber wir erleben das genaue Gegenteil: Wir erleben hier die kalte Machtpolitik, bei der in irgendwelchen Hinterzimmern der Fraktionen etwas verabredet wurde, was jetzt durchgezogen wird.
- **Heinz Pyka** (Fischereiverein): Reden ist nur dann gut, wenn es Ergebnisse gibt. Wenn ich gewusst hätte, wie das hier ausgeht, hätte ich mich nicht beteiligt. Ich hätte mir eine ergebnisoffene Diskussion, evtl. auch einen Ortstermin im Wasserkraftwerk Herrenhausen gewünscht. Ich bin enttäuscht über die fehlende Sensibilität der SPD und der Grünen

- **Ursula Reusch** (Anwohnerin): Ich habe die positive Erfahrung gemacht, dass ein Investor bereit ist, sich mit uns auseinanderzusetzen und sich all den Attacken aussetzt und ruhig und besonnen auf alle Fragen antwortet. Aufgrund der vorhandenen Differenzen bleibt wohl nur das Planfeststellungsverfahren, um die Positionen und Einwände abzuwägen.
- **Wolfgang Scheffler** (Anwohner): Die Stadt möchte diese Anlage unbedingt haben. Dies lässt befürchten, dass die eingereichten Gutachten nicht unvoreingenommen genug geprüft werden

Zu klärende Anmerkung:

- **Karl-Heinrich Fleischhut** (Anwohner, Mitglied im Heimatbund und im NABU): Zwischen der Stadt und dem damaligen Investor Neue Heimat soll ein Vertrag geschlossen worden sein, dass für die Bebauung ein dritter Leinearm zugeschüttet werden durfte mit der Auflage an die Neue Heimat, auf die Nutzung der Wasserkraft zu verzichten. Eigentlich müsste dieser Vertrag noch gültig sein, dies sollte geprüft werden. Zu dieser Überprüfung ist eigentlich auch der Investor verpflichtet, weil dies zur Ungültigkeit der Verträge mit der Stadt führen könnte, ohne jeglichen Entschädigungsanspruch.

Neuer Termin und weiteres Vorgehen:

Herr Konerding wies darauf hin, dass zu Beginn des Jahres Gelder für die Organisation und Durchführung von vier Treffen des Nachbarschaftsdialoges bereit gestellt worden seien – diese seien inzwischen weitgehend aufgebraucht. Die Planung eines weiteren Termins stehe daher unter dem Vorbehalt einer zwischenzeitlich zu klärenden Finanzierung, allerdings sah er hierin kein grundsätzliches Problem.

Verabredet wurde abschließend ein nächster Termin im Spätherbst 2011, wenn Herr Eberlein erste konkretere Ergebnisse aus der Planung vorstellen könnte.

Zwischenzeitlich konnte die Finanzierungsfrage geklärt und der nächste Termin für den des Nachbarschaftsdialoges in der verabredeten Zusammensetzung für

Montag, den 05.12.2011, 17.30 – 20.00 Uhr

vereinbart werden. Eine Erinnerung und nähere Informationen zu Ort und Tagesordnung werden rechtzeitig über eine Einladung verbreitet.

Für das Protokoll

W. Prauser
Stadtbezirksmanagement